

Dieser Zustand änderte sich unversehens durch das Aufkommen nationalpolitischer Vorstellungen und Ideologien,¹³ die seit dem frühen 19. Jahrhundert („nationaler Völkerfrühling“) von außen in den Sprachraum hineingetragen wurden. Mit großer Sorge sah man in Dänemark den Rückgang der jütischen Volkssprache in Südschleswig. Man versuchte daher, den Prozeß durch sprachpolitische Planungen aufzuhalten, die vom Grundsatz geleitet waren, daß Volkssprache und offizielle Sprache identisch zu sein hätten. Mehrere Sprachinstruktionen, die sich bezeichnenderweise gerade mit der Schulsprache befaßten, wurden seitdem erlassen.¹⁴ Diese nationalstaatlichen Regelungsversuche fanden ihren Höhepunkt in den 1851 erlassenen dänischen Spracheskripten, die mit dem verhüllten Ziel der politischen Redanisierung das landfremde Reichsdänisch in den Gebieten als Schul- und teilweise auch Kirchensprache (nicht jedoch auch als Gerichtssprache) festlegten, in denen die Bevölkerung Jütisch und streckenweise zudem bereits Plattdeutsch sprach. Der Grundsatz, daß die autochthone Volkssprache jeweils auch die zugehörige nationalsprachliche Standardvarietät als Dachsprache erfordere, erwies sich angesichts der alt-hergebrachten sprachnationalen Indifferenz breiter Sprecherkreise als nicht umsetzbar. Bis dato hatte der Sprechsprachwechsel sich nach und nach über einen längeren Zeitraum hin vollzogen, er war nahezu unbemerkt und vor allem auch freiwillig erfolgt, zumal er sich als nützlich erwies. Die eingreifenden staatlichen Sprachverfügungen stießen daher auf massive Widerstände, die allerorten heftige Sprachenkämpfe auslösten. Große Teile der Bevölkerung Angeln und nachfolgend dann auch Mittelschleswigs wechselten nun erst recht zum Niederdeutschen über. Auf planerischem Wege war der natürlich verlaufende Sprachverlagerungsprozeß schon deswegen kaum rückgängig zu machen, weil dieser sich letztlich als eine über Jahrhunderte anhaltende Kulturbewegung darstellt. Diese nahm ihren Ausgang im funktionalen Mehrwert des Niederdeutschen, dessen Vordringen in jüngster Zeit dann schließlich durch das Hochdeutsche unterlaufen wurde.

-
- 13 Zur nationalpolitischen Sprachauffassung, die Sprache nicht als Gegenstand, sondern als Instrument betrachtete, s. unter anderem Coulmas: *Sprache und Staat* (1985), S. 41–90 und die bei Wimmer (Hrsg.): *Das 19. Jahrhundert* (1991), S. 95–184 abgedruckten Beiträge (zur Sprachpolitik gegenüber fremdsprachigen Minderheiten); des weiteren: Böckh: *Volkszählung* (1870), S. 1–18 (zum Nationalitätenprinzip) und S. 49–56 bzw. S. 219–224 (zu den Sprachverhältnissen/-zählungen im deutsch-dänischen Grenzraum); Werlauff/Outzen: *Priisskrifter* (1819); Kohl: *Deutsche und dänische Nationalität* (1847); Kauffmann: *Deutsch oder Dänisch* (1923). – Zum Aufkommen eines dänischen Sprachbewußtseins bzw. Selbstbehauptungswillens s. Runge: „Dänische Minderheit“ (1993), S. 83f., zum friesischen Sprachpatriotismus s. Nickelsen: *Sprachbewußtsein* (1982).
- 14 Scharff: „Sprachpolitik in Mittelschleswig“ (1966); Ders.: „Zu den Anfängen“ (1970); Bracker: „Die dänische Sprachpolitik“ (1972/73); Rohweder: *Sprache und Nationalität* (1976); Runge: „Dänische Minderheit“ (1993), S. 83f.